

Eine wahre Welle von Klagen im Bankensektor und im Bergbau?

Die Investitionsströme zwischen der EU und Kanada sind enorm (siehe Box 3 auf Seite 7) und in vielerlei Hinsicht beachtenswert.

CETA eröffnet für EU-Anleger in Kanada in einem bestimmten Sektor eine stärkere Position in Streitfällen als dies bei NAFTA der Fall war – nämlich im Finanzsektor. Das Risiko für die kanadische Regierung, künftig auf der Grundlage von CETA von europäischen Banken, Versicherungen oder deren Teilhabern verklagt zu werden, steigt mit CETA enorm (siehe Anhang 1). Diese Risiken treten immer klarer hervor, denn auch spekulative Investoren nutzen zunehmend die Investor-Staat-Klagerechte, um mithilfe von Investitionsrechtsanwälten Profite mit Klagen gegen von Finanzkrisen betroffenen Regierungen einzustreichen.²³ Hinzu kommt, dass die meisten ausländischen Direktinvestitionen in Kanada von Investoren aus eben den Ländern getätigt werden, die besonders berüchtigt für Investor-Staat-Klagen sind: die Niederlande und Großbritannien.

Besonders stark vertreten sind kanadische Investoren in Europa im Bergbausektor sowie in der Öl- und Erdgasförderung. Und auch hier nutzen transnationale Konzerne verstärkt Investor-Staat-Klagerechte; beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), vor dem die meisten Investor-Staat-Klagen verhandelt werden, war zu Beginn des Jahres 2013 einer von drei Klagefällen aus den Bereichen Öl, Bergbau oder Erdgas registriert.²⁴ Dabei handelt es sich um die Bereiche, in denen kanadische Konzerne den Ruf als „weltweit schlimmste Übeltäter bei Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen oder Ähnlichem“ erlangt haben.²⁵

Kanadische Bergbauunternehmen sind bereits in der EU an einigen umstrittenen Projekten zur Rohstoffgewinnung beteiligt (siehe Abbildung 1). Das kanadische Bergbauunternehmen Gabriel Resources beispielsweise drohte damit, gegen die rumänische Regierung zu klagen und stützte sich dabei auf einen bilateralen Investitionsvertrag zwischen Kanada und Rumänien (Kanada hat mit sieben Ländern Osteuropas Verträge dieser Art abgeschlossen²⁶). Anlass hierzu gab die Entscheidung der Regierung gegen ein geplantes Gold- und Silberminenprojekt in der Gemeinde Roşia Montană nach heftigen Protesten der lokalen Bevölkerung. Sollte das CETA-Investitionskapitel in Kraft treten, können kanadische Bergbauunternehmen solche Klagen gegen die EU und alle ihre Mitgliedstaaten anstrengen oder damit drohen. Es ist nicht überraschend, dass der Bergbausektor CETA als „bahnbrechendes“ Abkommen „mit weitreichenden Auswirkungen für Bergbauunternehmen“ feiert.²⁷

Die kanadische Regierung hat bei den CETA-Verhandlungen aggressiv die Interessen der eigenen Bergbauunternehmen in Europa vertreten und dabei Schlüsselbereiche europäischer Gesetzgebung zugunsten des Öl- und Erdgassektors untergraben.²⁹ Jahrelang wurde so im Namen der

Die wohl herausragendste Neuerung im EU-Kanada-Abkommen CETA für Bergbauunternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks ist die Einführung von Investor-Staat-Klagerechten.

Mineweb, Fachportal für den Bergbausektor²⁸

kanadischen Öl- und Erdgasunternehmen die Europäische Kraftstoffqualitätsrichtlinie (Fuel Quality Directive) verwässert und ausgehöhlt. Diese Richtlinie verlangt von Kraftstoffherstellern in der EU, die CO₂-Intensität ihrer Kraftstoffe zu senken. Damit sollten die erhöhten Treibhausgasemissionen aus CO₂-intensiven Kraftstoffen besonders bewertet werden. Ein Beispiel dafür sind aus kanadischen Teersanden gewonnene Kraftstoffe, da diese in der Gewinnung und Herstellung deutlich klimaschädlicher sind.³⁰ Nach jahrelanger Verzögerung hat die Europäische Kommission zwar Maßnahmen formuliert, die die erhöhte CO₂-Intensität der aus Teersand gewonnenen Kraftstoffe enthalten. Allerdings sind EU-Unternehmen nicht dazu verpflichtet, diese Kraftstoffe beim Import unterschiedlich zu bewerten. Durch die intensiven Lobbyaktivitäten vonseiten der kanadischen Regierung ist das Ergebnis nun, dass Unternehmen im Endeffekt keinen Anreiz haben, auf Teersande zu verzichten.³¹

CETA: ein Trojanisches Pferd für US-Konzerne

CETA wird nicht nur kanadischen Unternehmen die Klagemöglichkeit gegen die EU einräumen und umgekehrt. Auch kanadische Ableger von US-Konzernen (siehe Abbildung 2 auf Seite 10) werden CETA nutzen können, um gegen europäische Regierungen zu klagen – auch, wenn die EU möglicherweise Investor-Staat-Klagerechte aus der Transatlantischen Investitions- und Handelspartnerschaft (TTIP), zu der gegenwärtig die Verhandlungen laufen, herausnimmt oder stark einschränkt. Auch in der EU-ansässige Tochtergesellschaften von Unternehmen aus Drittstaaten können somit gegen die kanadische Politik vorgehen.

Kanadische Ableger von US-Konzernen werden CETA nutzen können, um gegen europäische Regierungen zu klagen.

Dies ist besonders beunruhigend für EuropäerInnen, da die kanadische Wirtschaft weitestgehend von US-Unternehmen dominiert wird.³² Mehr als die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen in Kanada wird aus den USA getätigt (59,9 % aller Investitionen zwischen 1985 und 2014). Im selben Zeitraum wurden 76,78 % der Auslandsinvestitionen vor allem aufgewandt, um kanadische Unternehmen aufzukaufen und

ABBILDUNG 1

UMSTRITTENE PROJEKT KANADISCHER BERGBAU KONZERNE IN EUROPA WIRD DER WIDERSTAND DER GEMEINDEN MIT HILFE DES CETA-INVESTITIONSKAPITELS GEBROCHEN WERDEN?



Im Zuge der Planungen von **Dalradian Resources** zum Bau einer Goldmine in **Curraghinalt** in **Nordirland** warnen KlimaschützerInnen vor möglichen katastrophalen Folgen besonders für ein angrenzendes Naturschutzgebiet und kritisieren, dass für das Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt.

Die Regionalregierung von **Galizien** in **Spanien** stoppte zeitweise die Errichtung einer Tagebaugruben des Bergbauunternehmens **Edgewater** in **Corcoesto**, nachdem die lokale Bevölkerung im Oktober 2013 heftig protestiert und Befürchtungen hinsichtlich Umweltschäden, Wasserverschmutzung und des Verlustes ihrer Lebensgrundlagen geäußert hatte.

NaturschützerInnen und indigene Gemeinden sind alarmiert wegen des Mineralienbooms in **Lappland, Finnland**. Verunreinigtes Wasser und Schwermetallabfall aus Förderungsanlagen wie einer Nickelmine des Konzerns **First Quantum Minerals** in **Sodankylä** könnten das lokale Ökosystem nachhaltig schädigen und sich negativ auf die indigenen Gemeinden und die Tourismusbranche der Region auswirken.

BürgerInnen versuchen, geplante Tagebaugruben des Goldminenbetreibers **Eldorado Gold** in der Region **Halkidiki** im Norden **Griechenlands** (**Skouries, Olympias, Stratoni**) zu verhindern. Sie befürchten die Rodung unberührter Waldflächen, Wasserverschmutzung durch den Gebrauch von Zyanid und den Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz in den Bereichen Tourismus, Landwirtschaft, Fischerei und Bienenzucht.

Gabriel Resources drohte damit, Investitionsverträge aus den 1990er-Jahren zu nutzen, um **Rumänien** auf 4 Milliarden US\$ Schadenersatz zu verklagen. Das wären beinahe 2% des BIPs Rumäniens. Durch heftige Proteste gegen Umweltschäden und die Vertreibung von DorfbewohnerInnen wurden Pläne für eine Gold- und Silbermine in **Roşia Montană** auf Eis gelegt.

KlimaschützerInnen versuchen gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung in **Krumovgrad, Bulgarien**, die Genehmigung einer Tagebaugruben zur Gold- und Silbergewinnung zu verhindern. Sie befürchten Verschmutzung und Belastung der begrenzten Wasservorkommen sowie die Bedrohung der Lebensgrundlagen der lokalen LandwirtInnen. **Dundee Precious Metals** plant dieses Projekt im Natura 2000-Schutzgebiet von Ada Tepe.

deutlich weniger, um in neue Unternehmen zu investieren. Die Gesamtsumme aus dem Erwerb dieser Unternehmen beläuft sich auf 1104,3 Milliarden CAN\$³³ (797,49 Milliarden €). 39,7 % aller großen Unternehmen in Kanada sind in ausländischer Hand.³⁴

Im CETA-Kontext ist die US-dominierte kanadische Wirtschaft besonders alarmierend, weil es vor allem US-Investoren sind, die weltweit die Investor-Staat-Klagerechte besonders aggressiv genutzt haben. 22 % (127 Klagen) aller bekannter ISDS-Fälle bis Ende 2013 wurden von US-Investoren angestrengt.³⁵

Statistiken weisen darauf hin, dass SchiedsrichterInnen dazu tendieren, investorenfreundliche Entscheidungen zu treffen, wenn der Kläger aus den USA kommt.³⁶ Die Rechtsbranche, die jede Möglichkeit der Klage gegen Staaten ausnutzt, ist ebenfalls von US-Kanzleien dominiert. Von 20 der Anwaltsfirmen, die Kläger und/oder Beklagte bei Investor-Staat-Klagen vertreten kommen 15 aus den USA.³⁷

Wir sind gegen Investor-Staat-Klagerechte im EU-Kanada-Abkommen.

Gianni Pittella, Fraktionsvorsitzender der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten, der zweitstärksten Fraktion im EU-Parlament, im August 2014

Mit CETA die eigene Regierung verklagen

Vor allem europäische und kanadische Investoren verklagen als „Auslandsinvestoren“ zunehmend die eigene Regierung über Niederlassungen im Ausland. Diese auch als „treaty shopping“ bezeichnete Praxis wurde auch vom kanadischen Öl- und Erdgasproduzenten Lone Pine Resources angewandt, um gegen ein Fracking-Moratorium und den Entzug von Erkundungslizenzen in der kanadischen Provinz Québec zu klagen (siehe Box 1 auf Seite 5). Auch nutzte der spanische Abengoa-Konzern eine Niederlassung in Luxemburg gegen die spanische Regierung, um unter Berufung auf den Energiecharta-Vertrag gegen den Abbau von Subventionen in der Solarbranche vorzugehen.³⁸

Mit CETA sind solche Klagen auch in der EU und Kanada zu erwarten, da immer mehr Unternehmen ihre Investitionen über eng miteinander verknüpfte Netzwerke von Niederlassungen tätigen (siehe Anhang 1). Darunter finden sich Ableger von europäischen Konzernen mit großen Tochtergesellschaften in Kanada wie Shell Canada (Eigentum von Royal Dutch Shell), British Petroleum Canada (Eigentum von British Petroleum), Mercedes-Benz Canada (Eigentum vom Mercedes-Benz) sowie Total E. & P. Canada und BP Canada Energy Group ULC. All diesen Unternehmen werden durch CETA die privilegierten Klagerechte gegen europäische Regierungen eingeräumt, wenn sie über

ABBILDUNG 2

DANK CETA KLAGEN? NIEDERLASSUNGEN EINIGER US-FIRMEN MIT 'SUBSTANTIELLEN GESCHÄFTSAKTIVITÄTEN' IN KANADA

